

Parlamentarischer Vorstoss

2026/36

Geschäftstyp: Interpellation

Titel: **Massnahmen gegen Velodiebstähle im Baselbiet**

Urheber/in: Jan Kirchmayr

Zuständig: —

Mitunterzeichnet von: —

Eingereicht am: 15. Januar 2026

Dringlichkeit: —

Laut [Medienberichten](#) ist die Gefahr eines Velodiebstahls in den beiden Basel schweizweit am grössten und gleichzeitig ist die Aufklärungsrate sehr niedrig. Entweder werden die gestohlenen Velos nach kurzer Zeit in der Nähe des Diebstahlortes gefunden oder sie werden vermutlich zum Zweck des Weiterverkaufs von teilweise professionellen Banden gestohlen und dann abtransportiert. Um dies zu verhindern, haben Besitzerinnen und Besitzer von Velos mittlerweile GPS-Tracker in ihre Fahrräder eingebaut, mit denen sie diese nach einem Diebstahl orten können. Ein Teil dieser Velos lässt sich dann im grenznahen Frankreich oder auch in Deutschland orten. Dann beginnt für die Velobesitzerinnen und -besitzern jedoch das „Rösslispiel“. Die Baselbieter Polizei ist in diesem Fall aus territorialen Gründen nicht zuständig und die französische oder deutsche Polizei scheinen wenig Interesse an einer Aufklärung zu haben oder verfügen über keine entsprechenden Kapazitäten. In der Vergangenheit haben sich Velobesitzerinnen und -besitzer bereits auf eigene Faust auf den Weg nach Frankreich gemacht, um ihr Velo zurückzuholen. Davon rät die Kantonspolizei aus verständlichen Gründen ab.

Im Jahr 2017 überwies der Landrat das Postulat [2017/188](#) mit dem Titel „Aufklärungsrate von Velodiebstählen erhöhen“. Sara Fritz regte in diesem Postulat an, mit GPS ausgestattete Fahrräder an neuralgischen Punkten als Köder abzustellen, um die Aufklärungsquote von Fahrraddiebstählen zu erhöhen. In seinem [Bericht zum Postulat](#) teilt der Regierungsrat mit, dass er gemeinsam mit Frankreich und dem Grenzwachtkorps präventiv und repressiv gegen grenzüberschreitenden Fahrraddiebstahl vorgeht und den privaten Ankauf von GPS-Trackern in die Präventionskampagne aufnehmen wird. Im Sommer des vergangenen Jahres war in den [Medien](#) zu lesen, dass die Schweiz und Frankreich gemeinsame Patrouillen lancieren, um gestohlene Fahrräder auffinden zu können.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Velos und E-Bikes wurden in den vergangenen fünf Jahren im Baselbiet gestohlen? Bitte separat und nach Jahren aufzulösen.
2. Welche Anstrengungen präventiver und repressiver Art unternimmt die Baselbieter Polizei, um die Velodiebstähle zu verhindern und aufzuklären?

3. Sind die binationalen Velo-Patrouillen bereits im Einsatz? Welches Fazit zieht die Regierung aus deren bisherigem Einsatz?
4. Bis anhin klärte die französische Polizei über Verbindungsbeamte ab, ob gestohlene Velos als vermisst gemeldet wurden – ein automatisierter Datenaustausch mit den Schweizer Behörden existiert anscheinend nicht. Weshalb ist dies so? Ist es in der Kompetenz des Kantons dies zu ändern?
5. Wie geht die Baselbieter Polizei mit Hinweisen von Velobesitzerinnen und -besitzern um, die ihr Velo mittels GPS-Tracker im Ausland orten konnten? Welche Abläufe und Empfehlungen erfolgen in solch einem Fall?
6. Ist es für den Regierungsrat vorstellbar, eine Vereinbarung mit Frankreich (und Deutschland) abzuschliessen, die es beispielsweise der Polizei ermöglicht, gestohlene und per Tracker lokalisierte Velos unkompliziert sicherzustellen und zurückzuführen?¹
7. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um Velodiebstähle zu verhindern und aufzuklären?

¹ Artikel 56 Absatz 1 der Bundesverfassung: Die Kantone können in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Ausland Verträge schliessen.